

# „Hochwasser wühlt Schadstoffe auf“

Al-Wazir bedauert Abschwächung des Gesetzes

*FRAGE: Trittins Entwurf zum Hochwasserschutzgesetz richtete sich mit seinen Regelungen am Jahrhunderthochwasser aus. Machte das Ihrer Meinung nach Sinn?*

AL WAZIR: Ja, natürlich. Das Abstellen auf ein hundertjähriges Hochwasser ist als Vorsichtsmaßnahme sinnvoll und in vielen Bundesländern bereits Grundlage für die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten.

*FRAGE: Wäre der erhebliche Aufwand, der den Ländern für die Ausweisung hochwassergefährdeter Flächen abverlangt werden sollte, gerechtfertigt?*

AL WAZIR: Die Festsetzung von Überschwemmungsgebieten ist in vielen Bundesländern seit langem überfällig. Den Hochwassergefahren muss endlich angemessen Rechnung getragen werden. Der Aufwand für die erforderlichen fachlichen und rechtlichen Schritte steht in keinem Verhältnis zu den durch Hochwasser möglichen, zum Beispiel an der Elbe 2002 eingetretenen Schäden.

*FRAGE: Die Landwirte sahen sich durch Trittins Regelungen zum Ackerbau quasi enteignet. Wie viel gesetzliche Einschränkungen braucht die Landwirtschaft aus Ihrer Sicht?*

AL WAZIR: Hochwasser schwemmen von Ackerflächen fruchtbaren Boden weg und wühlen Schadstoffe aus den Böden auf. Deshalb sollten Bauern in Hochwassergebieten primär Weideland statt Ackerbau betreiben. Das hat nichts mit Enteignung zu tun, sondern mit sinnvoller Hochwasservorsorge. Die Länder sind jetzt angehalten, hier sinnvolle Regelungen zu treffen.

*FRAGE: Wie weit darf beziehungsweise muss die Ausweisung von neuen Wohn- und Gewerbegebieten Ihrer Meinung nach eingeschränkt werden?*

AL WAZIR: Wer heute in Hochwassergebieten baut,

schafft die Schäden von morgen. Deshalb darf neues Schadenspotenzial in von Hochwasser bedrohten Bereichen nicht mehr geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für neue Baugebiete. Ausnahmen dürfen nur höchst restriktiv zugelassen werden.

*FRAGE: Halten Sie den gefundenen Kompromiss für tragbar und wo hätten Sie sich eine andere Lösung gewünscht?*

Das absolute Bauplanungsverbot wie im Gesetz ursprünglich vorgesehen, wäre besser gewesen. Der jetzt gefundene Kompromiss lässt neue Baugebiete jedoch nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zu. Es liegt jetzt in der Hand der Landesbehörden, mit dieser Ausnahmeklausel verantwortungsvoll umzugehen.



Tarek Al-Wazir ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im hessischen Landtag.